



Martina Stamm-Fibich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Martina Stamm-Fibich, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Martina Stamm-Fibich, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77422
Fax: +49 30 227-76424
martina.stamm-fibich@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Friedrich List Str. 5
91054 Erlangen
Telefon: +49 9131 81265-33
Fax: +49 9131 81265-13
martina.stamm-fibich.wk@bundestag.de

Abstimmung Mandat Bundeswehreinsatz in Syrien

Berlin, den 04.12.2015

In den letzten Tagen haben mich zahlreiche Zuschriften zum Thema Einsatz der Bundeswehr in Syrien mit den verschiedensten Sichtweisen erreicht. Ich selbst habe mir in den letzten Tagen durch sehr viele Gespräche, sehr viel Lesen und Zuhören eine umfassende Meinung gebildet und bin nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluss gekommen, dem Mandat für den Einsatz der Bundeswehr am heutigen Freitag zuzustimmen.

Die Entscheidung zum Syrien-Einsatz der Bundeswehr ist ein Dilemma: Es bestehen Risiken, wenn Deutschland eingreift. Und es bestehen Risiken, wenn Deutschland nicht eingreift. Ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht. Nachfolgend skizziere ich, wieso ich der Überzeugung bin, dass die Zustimmung richtig ist und auch, was mich zunächst daran zweifeln ließ:

In den letzten Wochen und Monaten hat uns Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier regelmäßig vom Stand der Verhandlungen der Syrien-Konferenzen in Wien berichtet. Nachdem er anfangs noch sehr zurückhaltend war, mischte sich in den letzten Wochen durchaus Optimismus in die Darstellung von Minister Steinmeier. Nachdem sich nun die Vertreter der verfeindeten ethnischen



Gruppen der Sunniten und der Schiiten, Saudi-Arabien, der Iran, Russland, die USA, Frankreich, Deutschland, die Türkei und der Oman an einen Tisch gesetzt haben, war etwas gelungen, das sich nun offenbar positiv entwickelt.

Der Beschluss der Wiener Konferenz vom 14. November 2015 besagt, dass unter Federführung der Vereinten Nationen der politische Prozess für einen einheitlichen syrischen Staat zu organisieren ist und innerhalb von 18 Monaten Wahlen durchzuführen sind. Natürlich müssen wir auch mit allen politischen Mitteln die Finanzquellen des IS austrocknen, soweit das möglich ist. Das wird nur dann funktionieren, wenn der IS sich nicht noch weiter ausbreitet. Denn damit könnte die Terrororganisation auf immer mehr Einnahmequellen zurückgreifen. Von der Ausbeutung von Ölquellen über den Verkauf von Kulturgütern bis hin zur Ausplünderung der Bevölkerung. Was am schwersten wiegt, der Verkauf von Frauen als Sex-Sklavinnen.

Für mich ist deshalb klar: Die Syrien-Konferenz ist und bleibt das zentrale Instrument für eine Lösung in Syrien.

Als wir auf der Sondersitzung der SPD-Bundestagsfraktion am Donnerstag letzte Woche darüber unterrichtet wurden, dass am Mittwochabend eine Bitte der Franzosen um Unterstützung in Berlin eintraf, war ich mir im Klaren darüber, dass das meine bisher schwerste Entscheidung als Mitglied des Deutschen Bundestages werden würde.

Für viele Mitglieder unserer Fraktion war sofort klar, dass wir unseren französischen Freunden unsere Solidarität nicht verwehren dürfen und dass wir an der Seite Frankreichs stehen müssen. Dabei bittet uns Frankreich nicht um eine eigene militärische Intervention, sondern um logistische Unterstützung für die eigenen Truppen:

- Um Aufklärungs-Tornados nach dem Motto „Zeigt uns, wo wir den Feind bekämpfen können“.



- Um Tankflugzeuge nach dem Motto „Helft uns, dass wir länger kämpfen können“.
- Um eine Fregatte zum Schutz ihres Flugzeugträgers nach dem Motto „Beschützt unsere Basis“.

Das Hauptquartier soll in Tampa/USA sein, der Einsatz wird in Kuwait geführt, wo auch ein deutscher General angesiedelt sein wird. Die deutschen Truppen sollen im türkischen Incirlik stationiert sein, wo es seit vielen Jahren eine NATO-Airbase gibt. Die in den Medien transportierte Zahl von 1200 Soldaten stellt eine Obergrenze dar, in der ein Puffer von 100-150 Soldaten enthalten ist. Alleine für die Aufklärungstornados wird hierbei Personal in Höhe von 350-400 Soldaten gebraucht. In Jordanien wird es einen Notflughafen geben, der angefliegen werden kann, wenn der Weg zurück nach Incirlik versperrt ist. Die Fregatte wird hierbei nicht in den internationalen Verband eingebunden sein: Sie wird bilateral zwischen Frankreich und Deutschland geführt und untersteht dem Kommando des französischen Admirals, der den Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ befehligt.

Eine Zusammenarbeit mit den Truppen des syrischen Diktators Assad wird es nicht (!) geben. Von dort gibt es lediglich Meldungen darüber, welche Radarstationen des IS aktiv sind und welche nicht. Mit den Russen wird es enge Absprachen zum operativen Vorgehen geben.

Ich habe zunächst sehr an dem Einsatz gezweifelt. Ich habe mich gefragt, welchen Sinn und welches Ziel ein solcher Einsatz haben soll. Denn für mich ist klar: Allein mit einem Angriffskrieg werden wir den IS in Syrien und anderswo nicht besiegen.

Ich habe mich in den letzten Tagen auch mit mehreren ausgewiesenen Experten außerhalb des politischen Raums zu diesem Thema ausgetauscht. Die Meinungen gehen durchaus auseinander: Unstrittig ist, dass eine militärische Intervention die weitere Ausbreitung des IS stoppt. Und auch, dass ein Einsatz



der Bundeswehr die Gefahr eines Terroranschlags in Deutschland nicht weiter erhöht (zuma! sie ohnehin schon sehr hoch ist).

Für meine Entscheidung ausschlaggebend war letztendlich aber etwas anderes:

Auf der einen Seite nehme ich in den letzten Monaten eine Europäische Union wahr, die meiner Meinung nach nicht mehr so existiert, wie ich es mir eigentlich gedacht hatte.

Aktuell erlebe ich, wie sich die Staaten Osteuropas (namentlich Ungarn, Polen, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Tschechien) immer weiter von dem entfernen, was Europa für mich ausmacht: Nämlich eine Wertegemeinschaft, die einer gemeinsamen demokratischen Überzeugung folgt, die auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität fußt. Die neue polnische Regierung ist dahingehend exemplarisch für mich.

Auf der anderen Seite erlebe ich seit meiner Wahl in den Bundestag, wie eng das Verhältnis mit Frankreich ist. Die Franzosen bauen auf unsere enge Freundschaft. Und das nicht aus nationalstaatlichen Egoismen heraus, sondern aus einer grundsätzlichen Überzeugung heraus.

Ich glaube, dass die EU nicht am Abgrund steht, sondern dass wir schon dabei sind, in diesen Abgrund zu stürzen. Und dass es in erster Linie an Deutschland und Frankreich liegen wird, wie wir in diesem Abgrund ankommen werden.

Nachdem Frankreich nun innerhalb von nur wenigen Monaten zum zweiten Mal Opfer eines Terroranschlags des IS geworden ist, bittet Frankreich nun auf Basis des Art. 42/VII des EU-Vertrages um unsere Solidarität. Was wäre es für ein Signal an unseren engsten Partner, wenn wir in dieser Situation unsere Solidarität verweigern würden? Bei allen richtigen Argumenten, die gegen eine Unterstützung der Franzosen sprechen. Ich glaube, dass das deutsch-französische Verhältnis auf Dauer schwersten Schaden nehmen würde, wenn wir jetzt



nicht an der Seite Frankreichs stehen. Und es würde der Europäischen Union endgültig den Garaus machen, wenn nicht einmal mehr die Staaten „Kern-Europas“ zusammenstehen und sich gegenseitig unterstützen.

Ich hätte dem Einsatz dennoch nicht zugestimmt, wenn das militärische Eingreifen die einzige Maßnahme geblieben wäre, langfristig Frieden in die Region zu bringen. Aber wir tun noch mehr und haben schon mehr getan. Seit 2012 hat die Bundesregierung in dieser Region über 700 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit waren es seit 2012 mehr als 500 Millionen Euro zur Unterstützung von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen sowie der Bevölkerung in den aufnehmenden Gemeinden. Und das wird auch so weitergehen. Deutschland sitzt auch mit am Verhandlungstisch und nimmt eine Vermittlerrolle ein, insbesondere zwischen dem Westen und dem Iran.

Ganz wichtig ist mir auch, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrere Resolutionen verabschiedet hat: Danach gehe vom IS eine Bedrohung für den Weltfrieden aus und die Mitgliedstaaten müssten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um terroristische Handlungen zu unterbinden. Die Resolutionen und auch das Mandat, das der Bundestag der Bundeswehr erteilt, gehen aus dem entsprechenden Antrag (Drucksache 18/6866) hervor.

Ich hoffe, dass ich Ihnen durch diese kurze Darstellung meine Beweggründe für meine Entscheidung näherbringen konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Stamm-Fibich